

Grosser Gemeinderat Interlaken

Protokoll der 4. Sitzung

Dienstag, 28. Juni 2011, 19.00 Uhr, im Kunst- und Kulturhaus am Amman-Hofer-Platz

Vorsitz: Künzli Beat, FDP

Stimmzählende: von Allmen Dana, SP (bis Traktandum 39)
Schütz Lorenz, EVP

Weiter anwesend	SP Schürch Hans-Peter Ritschard Andreas Trachsel Kurt Boss Kaspar Schenk Alfred Stähli Zurbuchen Michèle Stähli Silvan Kida Nehat	SVP Staehelin Bernhard Michel Peter Zumkehr Jürg Burkhard Heinz Sahli Marc Alain Rüegsegger Alice Eisenhart Ursula Beutler Heidi	FDP Werren Marc Daumüller Fredi Hollinger Peter Grossenbacher Urs Betschart Christoph	GFL Weinekötter Bernhard EVP Bühler David	Gemeinderat Graf Urs Bettoli René (bis Traktandum 38) Stähli Johanna Ritschard Philippe Beutler Daniel Stör Büschlen Sabina Burkhard Hans-Rudolf Jugendparlament Lanker Manuela
Abwesend		Ley Bernadette	Dübendorfer Thomas	GFL Kupfer Fritz EDU Balmer Ulrich	
Protokoll					Goetschi Philipp

Traktanden

30. Protokoll
31. Integrierte Jahresrechnung 2010
32. Motion Walther, Umsetzung Verkehrsrichtplan mit Poller, Erheblicherklärung
33. Dringliche Motion Grossenbacher, Fussgängerzone Postplatz bis Harderstrasse, Erheblicherklärung
34. Postulat Zumkehr, verkehrsfreie Bahnhofstrasse, Beantwortung
35. Motion Weinekötter, Fussgängerüberquerungen, Erheblicherklärung
36. Postkreiselinitiative
37. Rahmenkredit Erneuerung und Umgestaltung Postknoten, Varianten Postkreisel und Postkreuzung
38. Neugestaltung Bahnhofplatz West und Bahnhofstrasse, Teilstück Aarmühlestrasse bis Kreisel Bernerhof (inkl.), Nachkredit zu Wettbewerbskredit
39. Einführung der Schulsozialarbeit als dreijähriges Projekt in den Gemeinden Bönigen, Interlaken, Matten bei Interlaken und Unterseen, Genehmigung des Anschlussvertrags an die Sitzgemeinde Matten bei Interlaken und Kreditbewilligung
40. Motion Schenk, Vorbildfunktion als Ökostrom-Bezüger, Begründung
41. Orientierungen/Verschiedenes

Ratspräsident Beat Künzli bezeichnet Lorenz Schütz als Stimmzähler für den abwesenden Ulrich Balmer.

30 B3.D Protokolle (Grosser Gemeinderat, Gemeinderat, Organe, Behörden)
Protokoll

Beschluss:

Das Protokoll der 3. Sitzung vom Dienstag, 3. Mai 2011, wird stillschweigend genehmigt.

31 F3.07.10 Jahresrechnung 2010
Integrierte Jahresrechnung 2010

GPK-Sprecher Marc Werren dankt für die übersichtlich präsentierte und gute abschliessende Jahresrechnung und verweist auf den positiv lautenden Bestätigungsbericht der BDO AG. Die Revisionsstelle habe an der Schlussbesprechung keine wesentlichen Feststellungen formeller und materieller Art angebracht und den Bereich Finanzen für die Rechnungsführung gelobt. Die Geschäftsprüfungskommission schliesse sich diesem Lob an. Das Rechnungsergebnis sei erfreulich, müsse aber zukunftsgerichtet gewertet werden.

Vizegemeindepräsident René Bettoli macht zusätzliche Ausführungen zu den Rechnungsunterlagen.

Bernhard Weinekötter erkundigt sich zum Skatepark (Konto 350.318.01) und zum Ferienpass Bödeli (Konto 350.365.01), ob diese Positionen in einem neuen Konto enthalten seien, was von *Vizegemeindepräsident René Bettoli* bejaht wird (Konto 350.365.30)

Dana von Allmen fragt, ob eine Position wie 582.318.01, Integration, bei der nichts stehe, als Aufwand von null Franken zu verstehen sei. *Vizegemeindepräsident René Bettoli* bejaht auch das.

David Bühler bittet allfällige Gebührensenkungen zu prüfen, nachdem jährlich Einlagen in die Spezialfinanzierung Rechnungsausgleich Abwasser bzw. die Spezialfinanzierung Abfallwasserentsorgung getätigt würden und ebenso in die Spezialfinanzierung Rechnungsausgleich Wasser in der Rechnung der Industriellen Betriebe.

Urs Grossenbacher nimmt vom positiven Rechnungsabschluss Kenntnis und dankt dem Gemeinderat und dem Bereich Finanzen für die gute Aufbereitung der Rechnung, die einen Stand erreicht habe, der kaum mehr verbessert werden könne. Er nehme zur Kenntnis, dass nur nötige Investitionen getätigt worden seien. Das Eigenkapital sei genügend und die zwar hohe Verschuldung tragbar. Er hoffe auf einen ausgeglichenen Finanzhaushalt.

Heinz Burkhard schliesst sich seinem Vorredner an und bittet zu prüfen, ob die Überschrift zur Funktion 113 nicht von „Gemeindepolizei/Sicherheit“ in „Polizeiinspektorat“ geändert werden könnte.

Michèle Stähli Zurbuchen dankt ebenfalls für die klar verständlichen Rechnungsunterlagen und dass so gearbeitet worden sei, dass keine Steuererhöhung nötig werde.

Lorenz Schütz findet es lobenswert von den Abteilungen, den Aufwand gering zu halten und Budgetpositionen nicht auszuschöpfen.

Beschluss:

1. Zu Konto 990.332.01, übrige Abschreibungen Verwaltungsvermögen, wird als neue Ausgabe ein zusätzlicher Nachkredit von CHF 250'000.00 bewilligt.
2. Die integrierte Jahresrechnung 2010 mit einem Ertragsüberschuss von CHF 356'281.09 wird genehmigt. Dieser setzt sich zusammen aus einem Ertragsüberschuss von CHF 166'320.91 aus der Laufenden Rechnung 2010 der Gemeinde und einem Ertragsüberschuss von CHF 189'960.18 aus der Betriebsrechnung der Industriellen Betriebe Interlaken. Der Ertragsüberschuss von

CHF 166'320.91 aus der Laufenden Rechnung 2010 der Gemeinde wird dem Eigenkapital zugewiesen.

(einstimmig)

32 B1.7.2 Kommunalen Gesamtplan und Teilrichtpläne
Motion Walther, Umsetzung Verkehrsrichtplan mit Poller, Erheblicherklärung

33 S4.4.24 Höheweg
Dringliche Motion Grossenbacher, Fussgängerzone Postplatz bis Harderstrasse, Beantwortung

34 S4.4.05 Bahnhofstrasse
Postulat Zumkehr, verkehrsfreie Bahnhofstrasse, Beantwortung

35 S4.1.1 Allgemeine Akten (Allgemeine Belange Strassen)
V2.09 Strassenverkehr generell
Motion Weinekötter, Fussgängerüberquerungen, Erheblicherklärung

36 S4.4.90.01 Postkreisel
Postkreiselinitiative

37 S4.4.90.01 Postknoten (Postkreuzung, Postkreisel)
Rahmenkredit Erneuerung und Umgestaltung Postknoten

Grundsätzliche Diskussion der Traktanden 32 bis 37

GPK-Sprecher Marc Werren unterstützt die Anträge des Gemeinderats. Er begrüsse die Zusammenfassung der Verkehrsanliegen in einer Sitzung.

Gemeinderätin Johanna Stähli, Gemeindepräsident Urs Graf und Gemeinderat Daniel Beutler erinnern an den Verkehrsrichtplan Bödeli, der gemeinsam durch die Gemeinden Interlaken, Matten bei Interlaken und Unterseen erarbeitet worden sei und seit Mitte 1999 in Kraft sei. Ein massgebendes Thema des Verkehrsrichtplans sei die Schaffung von verkehrsberuhigten Gebieten. Der Verkehrsrichtplan verfolge die Koexistenz der Verkehrsteilnehmenden als gesamtheitliche Planungsidee. Um reine Durchfahrten mit dem motorisierten Individualverkehr durch das Zentrum zu vermeiden, sei eine entsprechende Strassenraumgestaltung entlang den beiden Hauptachsen zu verwirklichen. Ebenfalls vorgesehen sei im Verkehrsrichtplan eine Durchgangssperre für den Privatverkehr auf dem Höheweg. Der Gemeinderat beschäftige sich seit längerer Zeit intensiv mit der Verkehrssituation im Zentrum von Interlaken. Er habe deshalb auch einen guten Teil seiner Klausur vom 23. Februar 2011 dem Thema Verkehr gewidmet. Aufgrund der intensiven Diskussion verschiedener möglicher Varianten im Rahmen der Klausur und der anschliessenden vertieften Abklärungen insbesondere auch mit den Vertretungen des öffentlichen Verkehrs und einer Beurteilung der Realisierbarkeit spreche sich der Gemeinderat für das folgende Konzept aus:

- Die gesamte Achse Interlaken West – Interlaken Ost soll als Tempo 30-Zone ausgestaltet werden, neu bereits ab Heimwehfluhbahn und nicht erst ab dem Migroskreisel.
- Für diese Achse werde die im Verkehrsrichtplan vorgesehene Lösung mit einer Durchfahrtssperre im Raum Harderstrasse/Hotel Metropole vorgesehen. Die Sperre soll mittels eines Teilfahrverbots zwischen dem Postknoten bzw. der Einmündung der Harderstrasse erfolgen. Die Installation von Pollern im Bereich Harderstrasse/Hotel Metropole bleibe für den Fall vorbehalten, dass das Teilfahrverbot ungenügend beachtet und auch nicht im Ordnungsbussenverfahren genügend durchgesetzt werden könne.
- Fahrberechtigt im Teilfahrverbot zwischen dem Postknoten und der Einmündung der Harderstrasse blieben der öffentlicher Verkehr, Bödelino, Bödelitram, Kutschen, Fahrräder und Mofas. Der Zubringerdienst zu den Geschäften werde zeitlich beschränkt; keine Fahrberechtigung sei für den übrigen motorisierten Individualverkehr und die Taxis vorgesehen.
- Der Postknoten solle zu einer Kreuzung umgestaltet werden.

Der Teilrichtplan Geschwindigkeitsregime werde aufgrund der heutigen Beschlüsse des Grossen Gemeinderats angepasst und dem Grossen Gemeinderat später zur Genehmigung unterbreitet. Aufgrund dieser Überlegungen beantrage der Gemeinderat dem Grossen Gemeinderat zusammengefasst:

- Motion Walther: als Postulat erheblich erklären,
- Motion Grossenbacher: nicht erheblich erklären,
- Postulat Zumkehr: nicht weiter verfolgen und abschreiben,
- Motion Weinekötter: nicht erheblich erklären,
- Postkreiselinitiative: ablehnen, aber den Stimmberechtigten eine Variantenabstimmung Postkreisel und Postkreuzung vorlegen mit dem Antrag, die Variante Postkreuzung zu beschliessen.

Es gebe immer Details, die nicht klar geregelt seien oder geregelt werden könnten. Es gehe hier um eine Saldoeureteilung.

Jürg Zumkehr erkundigt sich zur Tempo 30-Zone und zum Streckendreissiger. Der Verein Fussverkehr Schweiz führe eine Tagung zu Tempo 30 durch. Was sei nun noch möglich?

Gemeinderat Daniel Beutler antwortet, ein Streckendreissiger sei zwar noch möglich, jedoch nicht angrenzend an Tempo 30-Zonen. Der Streckendreissiger habe jedoch mit dem Aufkommen der Tempo 30-Zonen an Bedeutung wesentlich verloren. Der Kanton gehe heute davon aus, dass auch im Streckendreissiger keine Fussgängerstreifen mehr markiert werden sollten.

Kaspar Boss fragt, ob ein Taxizubringerdienst zu den Hotels im Schlauch möglich sei.

Heinz Burkhard hält fest, dass ein Taxi jede Stelle im Schlauch mit Gästen oder zum Abholen von Gästen müsse anfahren können.

Gemeinderat Daniel Beutler schliesst nicht aus, dass auch eine Zufahrtsregelung für Taxis möglich sei. Die Regelung sei jedoch noch nicht bis ins Detail geklärt.

Fredi Daumüller erkundigt sich, was gegen den Ausweichverkehr auf andern Routen getan werde.

Gemeinderat Daniel Beutler bestätigt, dass jede Einschränkung auf einem Strassenstück zu Mehrbelastungen auf andern Strassenstücken führen würde.

Alfred Schenk hält fest, dass sich nicht aller Verkehr verlagere, sondern auch ein Umsteigen auf das Velo oder der Verzicht auf ein Verkehrsmittel möglich sei.

David Bühler dankt für die Gesamtschau und Präsentation des Geschäfts. Die Anträge des Gemeinderats könne er unterstützen, wie auch ein Ringsystem für Reisebusse und ein Einbahnverkehr in der Centralstrasse und Rosenstrasse. In der Blumenstrasse und teilweise in der Harderstrasse sollten ebenfalls Teilfahrverbote geprüft werden. Der STI-Bus sollte über die Waldeggstrasse – Lindenallee geführt werden. Der Mehrverkehr in der Rosenstrasse und General-Guisan-Strasse sollte erträglich sein, allerdings sollten bei den neuralgischen Stellen in der General-Guisan-Strasse Fussgängerstreifen vorgesehen werden, die in dieser Strasse bewilligungsfähig sein sollten. Auch im Bereich des Sonnenhofkreisels könnten Fussgängerstreifen geprüft werden. Die Buslinie 103 könnte allenfalls nördlich in die Harderstrasse und Neugasse verlegt werden mit neuer Bushaltestelle nördlich des Kursaals, womit auch das Bödelibad erschlossen würde. Er empfehle die Motion Grossenbacher erheblich erklären, insbesondere auch betreffend der flankierenden Massnahmen. Auch das Postulat Zumkehr sollte bestehen bleiben. Die Motion Weinekötter sollte ebenfalls erheblich erklärt werden, mit Hinweis auf die Schulsituation in der General-Guisan-Strasse.

Gemeindepräsident Urs Graf verweist auf die lange Zeit, in der nichts geschehen sei. Nun könnte endlich etwas gehen. Das Fuder dürfe aber nicht überladen werden. Flankierende Massnahmen seien nötig und würden vom Gemeinderat in der Umsetzung geprüft. Auch die STI-Linienführung werde als

Vorschlag zur Prüfung aufgenommen. Bei einem Mehrverkehr in der General-Guisan-Strasse sollte dort ein Fussgängerstreifen möglich sei.

Fredi Daumüller ist nicht zufrieden mit den Ausführungen zur Verkehrsführung und zu den flankierenden Massnahmen. Der Reisebuseinbahnverkehr auf dem Höhweg führe zu massivem Mehrverkehr auf der Viktoriastrasse und der Harderstrasse, die diesen Mehrverkehr nicht schlucken könnten, umso mehr auch der Individualverkehr vermehrt diese Route nutzen würde. Das Hotel Belvédère Hapimag müsse zwei Busparkplätze vor dem Hotel in Kauf nehmen, weil der Kursaal diese vor seiner Liegenschaft nicht wolle. So könne der Gemeinderat mit dem Tourismus nicht umgehen.

Kaspar Boss erachtet den Vorschlag des Gemeinderats nicht als Optimum, aber der sinnvollste und realisierbarste im heutigen Zeitpunkt. Als visionäres Ziel müsse aber ein verkehrsfreier Höhweg bestehen bleiben. Wie sich der Verkehr verlagere, könne nicht vorausgesagt werden. Es müssten Erfahrungen gesammelt werden.

Bernhard Staehelin würde einen Wendepunkt für Reisebusse auf dem Carparkplatz Strandbadstrasse begrüssen. Zwischen dem Hotel Splendid und dem Hotel Du Nord sollte konsequent ein Anhalteverbot für Reisebusse durchgesetzt werden.

Peter Michel erachtet den Vorschlag des Gemeinderats als mutig, aber nicht als mutig genug. Das grösste Problem seien die Reisebusse, welche die unmöglichsten Passagen zu nutzen versuchten.

Gemeindepräsident Urs Graf bestätigt das Missfallen des Gemeinderats an der zeitweise unhaltbaren Reisebusssituation. Dank asiatischen Gästen floriere der Tourismus in Interlaken noch. Diese reisten jedoch überwiegend in Reisebussen an und hätten ehrgeizige Programme. Es sei richtig, dass eine Verbesserung bezüglich Reisebusse nötig sei. Busreisende seien ein wichtiger Teil des Tourismus geworden.

Fredi Daumüller hat nichts gegen übernachtende Gäste, sondern nur etwas gegen solche, die nur zum Kurzshopping nach Interlaken kämen. Diese dienten der Gemeinde und dem Tourismus als Ganzem nicht. Das Nordquartier müsse abgeholt werden, wenn es das Konzept des Gemeinderats mittragen solle. Die Einheimischen dürften neben dem Tourismus nicht vergessen gehen.

Gemeindepräsident Urs Graf erwidert, ein wesentlicher Teil der Wertschöpfung erfolge heute über den Tagestourismus.

Detailberatung der Motion Walther, Verkehrsrichtplan mit Poller

Gemeinderat Daniel Beutler wiederholt, dass mit einem Teilfahrverbot zwischen dem Postknoten und der Harderstrasse die Durchfahrt West-Ost und Ost-West für den motorisierten Individualverkehr unterbrochen und damit das Hauptanliegen des Vorstosses erfüllt werde. Der Vorstoss werde jedoch nicht wörtlich erfüllt, weil der Gemeinderat einen eigentlichen Poller nur realisieren wolle, wenn das Teilfahrverbot nicht anders durchgesetzt werden könne. Der Gemeinderat empfehle die Umwandlung des Vorstosses in ein Postulat und unterstütze eine Erheblicherklärung als Postulat.

Kurt Trachsel als erster Unterzeichner, der noch im Rat Einsitz hat, **wandelt** die Motion in ein Postulat **um**.

Beschluss:

Das Postulat Walther, Umsetzung Verkehrsrichtplan mit Poller, wird erheblich erklärt.

(24:0 Stimmen)

Detailberatung der Motion Grossenbacher, Fussgängerzone Postplatz bis Harderstrasse

Gemeinderat Daniel Beutler bestätigt, dass der Gemeinderat die verlangte Fussgängerzone ablehne, weil diese Lösung dazu führen würde, dass der Höhenweg zwischen dem Postknoten und der Einmündung der Klosterstrasse vom öffentlichen Verkehr nicht mehr bedient würde. Die Transportunternehmen würden es aus Sicherheits- und Verantwortungsgründen ablehnen, mit den Bussen des öffentlichen Verkehrs durch eine Fussgängerzone zu fahren. Die Lösung mit einem Teilfahrverbot zwischen dem Postknoten und der Harderstrasse reduziere den Verkehr im „Schlauch“ massiv, was der Stossrichtung des Vorstosses entgegen komme.

Urs Grossenbacher weist darauf hin, dass der Schlauch problemlos vom Parking Zentrum Interlaken erreichbar sei. Bei der Rückkehr aus den Ferien würde häufig von den verkehrsfreien Fussgängerzonen geschwärmt. Was in Bern möglich sein, müsse doch auch in Interlaken möglich sein. Ob Fussgängerzone oder Teilfahrverbot sei ein politischer Entscheid. Flankierende Massnahmen im Nordquartier seien zwingend. Es gelte den Autofahrer zu stoppen, der Interlaken auf dem kürzesten Weg durchqueren wolle. Die Hotels müssten erreichbar bleiben. 2010 seien auf der Linie 103 an den Haltestellen Metropole und Kursaal täglich zusammen 180 Personen ein- oder ausgestiegen. Im Vergleich mit andern Haltestellen sei das eine geringe Zahl. Mit den Transportunternehmen des öffentlichen Verkehrs sei nach Lösungen zu suchen. Für Velofahrende sei eine Ausnahmeregelung rechtlich zulässig. Es brauche nun einen mutigen Entscheid, um die bestehende Fussgängerzone zu erweitern.

Lorenz Schütz erkundigt sich nach der Definition des Zubringerdienstes.

Gemeinderat Daniel Beutler antwortet, das werde einzelfallbezogen je nach den angrenzenden Nutzungen geprüft und festgelegt. Eine pauschale Definition sei nicht möglich.

Ursula Eisenhart fällt auf, dass für Personen, die im Zentrum wohnten, die Wege länger würden, wenn die Zufahrt nicht mehr möglich sei. Wenn der Privatverkehr entzogen werde, sollte der öffentliche Verkehr gefördert werden, beispielsweise mit einem kostenlosen Schuttlebus für die gesamte Bevölkerung.

Bernhard Weinekötter **beantragt** einen Sitzungsunterbruch.

Ratspräsident Beat Künzli gewährt einen Sitzungsunterbruch von 21.08 bis 21.18 Uhr.

Urs Grossenbacher **beantragt**, die Beschlussfassung über die Erheblicherklärung seiner Motion um zwei Jahre zu verschieben, damit der Gemeinderat das Teilfahrverbot umsetzen und erste Erfahrungen sammeln könne.

Kaspar Boss und *Peter Michel* unterstützen den Antrag Grossenbacher.

Jürg Zumkehr stellt in Aussicht, sein Postulat bei einer Annahme des Antrags Grossenbacher zurückzuziehen.

Beschluss:

Die Beschlussfassung über die Erheblicherklärung der Motion Grossenbacher, Fussgängerzone Postplatz bis Harderstrasse, wird um zwei Jahre verschoben.

(einstimmig)

Detailberatung des Postulats Zumkehr, verkehrsfreie Bahnhofstrasse

Jürg Zumkehr erklärt sein Postulat zurückzuziehen.

Da ein erheblich erklärtes Postulat nicht mehr zurückgezogen werden kann, kommt eine Rückzugs-erklärung formell der Zustimmung zu einer Abschreibung gleich.

Beschluss:

Das Postulat Zumkehr, verkehrsfreie Bahnhofstrasse, wird stillschweigend abgeschrieben.

Detailberatung der Motion Weinekötter, Fussgängerüberquerungen

Gemeinderat Daniel Beutler hält noch einmal fest, dass innerhalb von Tempo 30-Zonen im Grundsatz keine Fussgängerstreifen vorgesehen seien. Die Verhältnisse in Interlaken würden keinen der Ausnahmetatbestände erfüllen. Mit den übrigen Verkehrsberuhigungsmassnahmen im Zentrum werde der Verkehr auch auf der Bahnhofstrasse und dem Höheweg reduziert.

Bernhard Weinekötter glaubt den Experten nicht und hört die regelmässigen Klagen aus der Bevölkerung, die Fussgängerstreifen vermisse. Die Einbahnregelungen in der Rosenstrasse und der Centralstrasse würden zu Mehrverkehr führen, der Fussgängerstreifen auf diesen Strassen rechtfertige. Kinder könnten das Tempo von herannahenden Fahrzeugen nicht abschätzen und brauchten die Sicherheit eines Streifens. Auch eine Umwandlung in ein Postulat stehe für ihn nicht zur Diskussion. Gemäss Blindengleichstellungsgesetz müsste diesen Personen die Möglichkeit gegeben werden, die Strasse an bezeichneten Stellen zu überqueren. Wo besondere Schutzbedürfnisse nötig seien, seien Fussgängerstreifen zulässig. Problematisch sei in Interlaken die Interpretation der eigentlich klaren Gesetzesbestimmungen durch den Obergeringenieurkreis.

Bernhard Staehelin erkundigt sich, ob ein Streckendreissiger möglich sei. Auch der Kanton sehe keine brauchbare Lösung für sehbehinderte Personen. Gemäss Auskunft der Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion sei es nach wie vor möglich Streckendreissiger zu signalisieren. Fussgängerstreifen seien möglich, wenn ein Fussgängerstrom an einer bestimmten Stelle gegeben sei. Solche Stellen gebe es in Interlaken viele, beispielsweise zwischen Westbahnhof und UBS oder zwischen Westbahnhof und Migros. Da die Verwaltung keine Lösung habe, brauche es die Motion.

Heinz Burkhard glaubt, dass die Fussgängerstreifen in Interlaken auch in ein paar Jahren noch kontrovers diskutiert würden. Er empfiehlt einen Anlass mit Verkehrsexperten zu diesem Thema.

Christoph Betschart will den Druck an den Kanton weitergeben, weil dieser an der Bevölkerung vorbei entscheide. Die fehlenden Fussgängerstreifen würden dazu führen, dass Touristen verloren seien, weil ihnen die aus vielen Ländern bekannten markierten Strassentraversierungen fehlten.

Peter Michel verlangt erneut eine gerichtliche Beurteilung, wenn es nicht anders gehe.

Jürg Zumkehr sieht sich als Spielball der Experten. Das einzige Gegenmittel sei die Erheblicherklärung der Motion Weinekötter.

Urs Grossenbacher ist im Zwiespalt. Auf dem Höheweg brauche es keine Fussgängerstreifen mehr. Diejenigen am Westbahnhof dürften aber nicht verschwinden.

David Bühler bemerkt, es gehe heute nicht mehr um den Höheweg, sondern um stark befahrene Strassen, zu denen der Höheweg hoffentlich bald nicht mehr gehöre. Die Motion habe den Charakter einer Richtlinie.

Kaspar Boss verweist auf die Änderung des Temporegimes, die in der Motion ebenfalls enthalten sei. Eine Motion mit dieser Formulierung könne er nicht unterstützen.

Beschluss:

Die Motion Weinekötter, Fussgängerüberquerungen, wird erheblich erklärt.

(18:7 Stimmen)

Detailberatung der Postkreiselinitiative

Peter Michel beantragt das Geschäft um ein Jahr zu vertagen, da nun eine neue Situation vorliege.

Gemeindepräsident Urs Graf wiederholt, dass der Gemeinderat den Postknoten neu als Postkreuzung gestalten möchte. Er lehne die Initiative deshalb inhaltlich ab. Damit das Geschäft trotzdem rasch weiter bearbeitet werden könne, schlage der Gemeinderat dem Parlament vor den Stimmberechtigten eine Kreditvorlage für eine Neugestaltung des Postknotens als Kreuzung und für eine Erneuerung des Postkreisels als überfahrbarer Kreisel in einer Variantenabstimmung vorzulegen, mit dem Antrag an die Stimmberechtigten auf Annahme der Kreuzungsvariante. Eine Sistierung um ein Jahr lehne der Gemeinderat ab, weil der Postknoten Bestandteil der Agglomerationsplanung sei. Eine Verschiebung bis längstens Februar 2012 könnte der Gemeinderat allenfalls akzeptieren. Mit der Teilschliessung Schlauch habe der Grosse Gemeinderat jedoch bereits ein Zeichen Richtung Kreuzung gesetzt.

Peter Michel bemerkt, es gehe nicht um den Verkehr, sondern um die Gestaltung. Der Kreisel dürfe bestehen bleiben und werde von Postautochauffeuren bevorzugt. Es brauche keine riesigen Trottoirs um den Postknoten.

Gemeindepräsident Urs Graf weist darauf hin, dass der nostalgische Aspekt so oder so wegfalle.

Kaspar Boss sieht hier eine neue Blockade, nachdem vor wenigen Minuten eine jahrelange Blockade aufgelöst worden sei. Es brauche keinen Kreisel mehr. Er plädiere für einen Beschluss heute Abend, um die bisher gefällten Entscheide sinnvoll umsetzen zu können.

David Bühler begrüsst mehr Platz für Fussgänger. Der Platz im Zentrum des Kreisels, der nutzlos sei, könne in der Kreuzungsvariante den Fussgängern zur Verfügung gestellt werde. Auch er möchte einen Entscheid heute Abend.

Peter Michel hält fest, es gehe ihm nicht um die Wahlen. Ein Rückzug stehe für ihn bei 300 Unterschriften nicht zur Diskussion. Er ziehe seinen Antrag auf Vertagung der Beschlussfassung **zurück**.

Jürg Zumkehr geht davon aus, dass ein neues Konzept frühestens auf den nächsten Fahrplanwechsel möglich sei.

Gemeindepräsident Urs Graf sieht keinen Zusammenhang zwischen dem neuen Konzept und dem Fahrplanwechsel.

Beschluss:

1. Die Postkreiselinitiative wird abgelehnt.
2. Dieser Beschluss untersteht dem obligatorischen Referendum.
3. Die Urnenabstimmung über die Postkreiselinitiative entfällt, wenn der Grosse Gemeinderat eine Variantenabstimmung zur Kreditvorlage für den Postknoten beschliesst oder die Initiative noch zurückgezogen wird.

(17:8 Stimmen)

Detailberatung Rahmenkredit Erneuerung und Umgestaltung Postknoten

Gemeinderätin Johanna Stähli bestätigt, dass sich der Gemeinderat für die Kreuzungsvariante ausspreche, weil ein Kreisell mit Linksvortritt nicht in eine Tempo 30-Zone mit Rechtsvortritt passe, ein Kreisell der Verflüssigung des Verkehrs diene, was dem Grundsatz einer verkehrsberuhigten Zone zuwiderlaufe, die Platzverhältnisse in jedem Fall nur noch einen Kreisell mit überfahrbarem Zentrum zulassen würden und die Trottoirflächen bei einem Kreisell kleiner wären als bei der Kreuzung. Ein neuer Kreisell koste 50'000 Franken mehr als eine Kreuzung. Ob bei einer Kreisellösung Subventionen aus dem Agglomerationsprogramm gekürzt würden, weil der Kreisell nicht der Entschleunigung des Verkehrs diene, sei nicht abgeklärt worden.

Das Eintreten wird nicht bestritten.

Peter Michel glaubt nicht, dass der Kreisell den Verkehr beschleunige. Bei Rechtsvortritt könne direkt in die Kreuzung gefahren werden. In einer Tempo 30-Zone diene ein Kreisell offenbar der Beschleunigung, bei Tempo 50 der Beruhigung. Diese Logik verstehe er nicht.

Beschluss:

1. Unter dem Vorbehalt, dass die Postkreisellinitiative nicht zurückgezogen wird, wird den Stimmberechtigten eine Variantenabstimmung mit folgenden zwei Varianten unterbreitet, wobei den Stimmberechtigten empfohlen wird die Kreuzungsvariante anzunehmen, die Kreisellvariante abzulehnen und in der Stichfrage „Variante Kreuzung“ anzukreuzen:

Variante Postkreuzung

Für die Erneuerung des Postkreisells und die Umgestaltung in eine Kreuzung sowie für den Einbau einer Reinwasserleitung wird ein Rahmenkredit von 1'488'000 Franken als Nachkredit zu den bereits beschlossenen Planungskosten bewilligt.

Variante Postkreisell

Für die Erneuerung des Postkreisells und die Gestaltung als überfahrbarer Kreisell sowie für den Einbau einer Reinwasserleitung wird ein Rahmenkredit von 1'538'000 Franken als Nachkredit zu den bereits beschlossenen Planungskosten bewilligt.

2. Für den Fall, dass die Postkreisellinitiative zurückgezogen wird, wird für die Erneuerung des Postknotens und die Umgestaltung in eine Kreuzung sowie für den Einbau einer Reinwasserleitung ein Rahmenkredit von 1'488'000 Franken als Nachkredit zu den bereits beschlossenen Planungskosten bewilligt, der dem fakultativen Referendum untersteht.

(20:0 Stimmen)

38 S4.4.05 Bahnhofstrasse
V2.01.1 Allgemeine Akten, generelle Bahnbelange
Neugestaltung Bahnhofplatz West und Bahnhofstrasse, Teilstück Aarmühlestrasse bis Kreisell Bernerhof (inkl.), Nachkredit zu Wettbewerbskredit

Die Geschäftsprüfungskommission unterstützt den Nachkredit schriftlich mit dem Hinweis, dass sich fundierte Vorabklärungen zur Ausgestaltung des Bahnhofplatzes in der Ausführungsphase positiv auswirken dürften.

Gemeindepräsident Urs Graf führt aus, der Grosse Gemeinderat habe am 19. Januar 2010 einen Kredit von 225'000 Franken für die Durchführung eines Wettbewerbs zur Neugestaltung des Westbahnhofplatzes bewilligt. Die Arbeiten seien weit fortgeschritten. Zwei Projekte seien zur Weiterbearbeitung vorgesehen. Sie seien der Öffentlichkeit vorgestellt worden und hätten auf der Gemeindeverwaltung

eingesehen werden können. Für die weitere Bearbeitung der zwei Projekte, die Begleitung und die Auswertung seien 90'000 Franken erforderlich. Aus dem ursprünglich bewilligten Kredit von 225'000 Franken stünden noch 58'000 Franken zur Verfügung, so dass ein Nachkredit von 32'000 Franken nötig sei.

Eintreten ist nicht bestritten.

David Bühler regt an, in beiden Projekten je eine Variante mit und ohne überdachte Busperrons zu verlangen, um die Projekte vergleichen zu können.

Alfred Schenk unterstützt den Nachkredit, da damit eine zukunftsgerichtete Lösung vorbereitet werden könne.

Peter Michel will das angefangene Projekt beenden. Er bedauert, dass auch die drei Projekte, welche die Auflagen nicht erfüllt hätten, Geld erhalten hätten.

Bernhard Weinekötter fehlen im Jurybericht Angaben zu den Bäumen.

Jürg Zumkehr erinnert an den Ostbahnhofplatz. Dort sollte ein Platz von Weltruf entstehen. Ein Wettbewerb sei keine Garantie für einen Wurf von Weltruf.

Beschluss:

Zum Wettbewerbskredit für die Neugestaltung des Bahnhofplatzes Interlaken West wird ein Nachkredit von 32'000 Franken bewilligt.

(25:0 Stimmen)

39 S2.3.4 Schularzt, Schulzahnpflege, Schulpsychologie, Schulsozialarbeit F5.04.07 Schulsozialarbeit (Sozialpolitik)

Einführung der Schulsozialarbeit als dreijähriges Projekt in den Gemeinden Bönigen, Interlaken, Matten bei Interlaken und Unterseen, Genehmigung des Anschlussvertrags an die Sitzgemeinde Matten bei Interlaken und Kreditbewilligung

Die Geschäftsprüfungskommission unterstützt die Einführung der Schulsozialarbeit an den Interlakner Schulen.

Gemeinderat Philippe Ritschard weist darauf hin, dass in den Bödeligemeinden wie auch andernorts ein Bedarf an unterstützenden Massnahmen an den Schulen bestehe. Unterrichten, Lernen und Zusammenleben in der Schule seien anspruchsvoll. Unterschiedliche Wertvorstellungen, die verschiedenen kulturellen Hintergründe der Schülerinnen und Schüler und der Eltern oder die äusseren Einflüsse erforderten, dass die Schule bereit und in der Lage sein müsse, sich den vielfältigen Anforderungen anzupassen und auf die gestiegenen Ansprüche zu reagieren. Veränderte gesellschaftliche Gegebenheiten, eine Zunahme an Schülerinnen und Schülern mit Verhaltensauffälligkeiten und auch immer wieder verfügte Schulausschlüsse machten eine niederschwellige Arbeit an den Schulen dringend nötig. Hier knüpfte das Projekt Schulsozialarbeit in den Schulen des Bödelis an. Die Schulsozialarbeit solle einen wichtigen Beitrag zur optimalen Nutzung der Angebote in den bestehenden Fachstellen leisten. Die Gemeinde Matten bei Interlaken sei bereit als Sitzgemeinde aufzutreten. Die Gemeinden Interlaken, Unterseen und Bönigen würden sich für die Schulsozialarbeit der Sitzgemeinde anschliessen. Die Kosten von gut einer Million Franken für die geplante dreijährige Versuchsphase würden nach den Schülerzahlen auf die Gemeinden aufgeteilt. Für Interlaken sei mit knapp 100'000 Franken pro Jahr oder rund 295'000 Franken für den dreijährigen Versuch zu rechnen. Mit Därligen, Iseltwald und Leissigen würden vertragliche Regelungen angestrebt, damit diese Gemeinden die Kosten ihrer Schülerinnen und Schüler, die den Unterricht in Interlaken besuchten, übernehmen wür-

den. Im letzten Jahr des Versuchs könne dann aufgrund der gemachten Erfahrungen über eine definitive Einführung von Schulsozialarbeit beschlossen werden.

Eintreten ist nicht bestritten.

Dana von Allmen unterstützt den Antrag des Gemeinderats. Schulsozialarbeit erachte sie als wichtig. Die Lehrerschaft könne entlastet werden und die Betroffenen erhielten kürzere Anlaufwege. Die Kosten seien im Vergleich mit einer Fremdplatzierung gerechtfertigt.

Lorenz Schütz bestätigt die Kostenüberlegungen seiner Vorrednerin aus seiner beruflichen Erfahrung und unterstützt das Geschäft ebenfalls. Er sei überzeugt, dass es nicht bei einer Versuchsphase bleiben werde.

Auch *Ursula Eisenhart* unterstützt das Geschäft.

Peter Hollinger kann die Euphorie der andern Rednerinnen und Redner nicht teilen. Es bestehe eine Tendenz die Betreuung immer weiter auszudehnen. Dass die Lehrerschaft und die Fachhochschule für Sozialarbeit hinter dem neuen Projekt stehen würden, sei verständlich. Für ihn sei jedoch unklar, wie das weitere Betreuungsangebot nach dem Schulsozialarbeiter aussehe. Mit der Erziehungsberatung bestehe bereits eine Stelle, die ähnliche Aufgaben erfülle. Er befürchte eine gewisse Uferlosigkeit.

Urs Grossenbacher ergänzt, dass die früheren Kleinklassen die gleichen Aufgaben erfüllten wie die Schulsozialarbeit, aber günstiger.

Lorenz Schütz hat Verständnis für die Voten Hollinger und Grossenbacher. Dennoch sieht er eine Notwendigkeit für die Schulsozialarbeit, auch wenn einzelne Überschneidungen mit der Erziehungsberatung nicht ausgeschlossen werden könnten.

Heinz Burkhard bemerkt, noch vor ein paar Jahren sei Schulsozialarbeit kein Thema und nicht nötig gewesen.

Gemeinderat Philippe Ritschard sieht keinen direkten Zusammenhang zwischen Schülerinnen und Schüler in einer Kleinklasse und der Schulsozialarbeit.

Auf Fragen von *Manuela Lanker* erklärt *Gemeinderat Philippe Ritschard*, dass „niederschwellig“ bedeute, dass die Sozialarbeitenden vor Ort anwesend seien und von den Betroffenen ohne grössere Überwindung und Umweg erreicht werden könnten. Schulsprache in Interlaken sei Deutsch. Das gelte im Grundsatz auch für die Schulsozialarbeit.

Ursula Eisenhart bedauert die Abschaffung der Kleinklassen ebenfalls. Personen, welche die Schulsozialarbeit brauchten, nähmen wohl zu. Es sei wichtig, nun einmal mit dem Versuch konkrete Zahlen zu ermitteln.

Kaspar Boss bezweifelt, dass alle Lehrer Freude an der Schulsozialarbeit hätten. Sie sei jedoch eine Chance, die genutzt werden müsse, umso mehr wohl der Kanton die Einführung in absehbarer Zeit vorschreiben werde. Schulsozialarbeit diene der Nachhaltigkeit und dürfte auch dazu führen, dass weiterhin junge Leute für den Lehrerberuf gefunden und motiviert werden könnten.

Alice Rüeegsegger empfiehlt als Schulkommissionsmitglied die Annahme des Antrags.

Peter Michel stellt fest, dass er auch ohne Schulsozialarbeit gross geworden sei. Wichtig sei ein grösseres Engagement der Eltern, das den Beizug von Sozialarbeitern und Psychologen unnötig machen würde.

Beschluss:

1. Der Vertrag zwischen der Einwohnergemeinde Matten bei Interlaken als Sitzgemeinde und der Einwohnergemeinde Interlaken als Anschlussgemeinde betreffend Führung der regionalen Schulsozialarbeit Bödéli als dreijähriges Projekt wird genehmigt.
2. Für das dreijährige Pilotprojekt Schulsozialarbeit Bödéli wird ein Verpflichtungskredit von 293'500 Franken bewilligt.

(17:4 Stimmen)

40 E2.1.1 Allgemeine Akten (Elektrizitätsversorgung)
E2.3 Energiesparmassnahmen, Energieberatung
Motion Schenk, Vorbildfunktion als Ökostrom-Bezüger, Begründung

Alfred Schenk führt aus, dass nach der Atomkatastrophe in Japan in vielen Ländern klar geworden sei, dass der Zeitpunkt für eine Umstellung auf alternative Energien gekommen sei. Auf allen politischen Ebenen müsste auf eine rasche Umstellung gedrängt werden. Nicht nur ethische und Sicherheitsüberlegungen sprächen für einen Wechsel, sondern auch, dass Uranvorkommen, Erdöl und Erdgas bald ausgeschöpft seien. Damit zwängen auch wirtschaftliche Gründe zu einem sofortigen Umdenken. Arbeitsplätze erhalten oder gar schaffen sei eine Chance, die nicht verpasst werden dürfe. Wenn die Gemeinde Interlaken künftig Ökostrom beziehen werde, sei das natürlich nur ein kleiner Beitrag. Als Besitzerin der Industriellen Betriebe, die auch Ökostrom verkaufen würden, sei es an der Gemeinde Interlaken mit gutem Beispiel voranzugehen. Nicht Wasser predigen und Wein trinken.

41 B3.E Orientierungen, Verschiedenes (Behörden und Organe, politische Aktivitäten)
Orientierungen/Verschiedenes

Kenntnisnahme einer Abrechnung

Abrechnung eisenbahnrechtliches BLS-Projekt Bahnhof Interlaken West, Teil Nord (Aareckplatz)
 (Gemeinderatssitzung vom 17. Mai 2011)

Vom Grossen Gemeinderat am 19. August 2008 bewilligt	CHF	674'000.00
ausgegeben und abgerechnet (Konto 620.501.61)	CHF	673'336.65

Beantwortung einer Anfrage

Anfrage Boss, Sicherung von Traditionslokalen (Gemeinderatssitzung vom 3. Mai 2011)

Die Anfrage von Kaspar Boss vom 8. März 2011 wird wie folgt schriftlich beantwortet: „Dem Gemeinderat gefällt die Entwicklung auch nicht. Dem Gemeinderat fehlen jedoch die rechtlichen Grundlagen und die planerischen Möglichkeiten zur Einflussnahme. Welche Art von Lokalen es braucht (Fastfood, Takeaway, ausländische Spezialitätenrestaurants, einheimische „Traditionslokale“), bestimmt ausschliesslich der Markt. Die Gemeinde kann keine Lokale, die nicht den gewünschten wirtschaftlichen Erfolg bringen, finanziell unterstützen. Auch bei traditionellen Familienbetrieben, bei denen die Nachfrage nicht gewährleistet ist, hat die Gemeinde keine Einflussmöglichkeiten. Die baurechtlichen Grundlagen verhindern, dass bestehende Hotelbetriebe in den entsprechenden Zonen umgenutzt werden. Dass sie in einheimischer oder zumindest schweizerischer Hand bleiben, lässt sich über Baureglement und Zonenplan nicht sicherstellen.“

Wortmeldungen aus dem Gemeinderat

- *Gemeindepräsident Urs Graf*: Entwicklung Des Alpes Areal.
- *Gemeinderat Daniel Beutler*: Informationsdossier Interlaken der Kantonspolizei.

- *Gemeinderätin Sabina Stör Büschlen*: Vernehmlassung zur Zusammensetzung des Verwaltungsrats der Industriellen Betriebe.

Neue parlamentarische Vorstösse

Anfrage Staehelin, Japanischer Garten

Bernhard Staehelin erkundigt sich, wie es mit der Fischbetreuung im japanischen Garten stehe und ob es dort überhaupt Fische brauche.

Weitere Wortmeldungen

Verabschiedung Fredi Daumüller

Ratspräsident Beat Künzli verabschiedet den zurücktretenden Fredi Daumüller mit einem Präsent.

Fredi Daumüller dankt für die interessante Zeit im Grossen Gemeinderat, den er im Jahr 2008 leiten durfte. Er schenkt dem Gemeinderat eine Zeichnung von Ted Scapa.

Weiteres

Heinz Burkhard: Dank für Unterstützung beim eidgenössischen Jodlerfest 2011.

Schluss der Sitzung: 23.10 Uhr

Der Präsident

Der Sekretär

Die Stimmzählenden